Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4585**

16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Dr. Rainer Stinner, Birgit Homburger und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/3816 –

Für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO)

A. Problem

Eine nachhaltige Lösung des Nahostkonfliktes kann nur ein tragfähiger, umfassender politischer Prozess gewährleisten. Zwar haben hoffnungsvolle Ansätze wie die Konferenz von Madrid im Jahr 1991, das Oslo-Abkommen von 1993, die Camp-David-Verhandlungen des Jahres 2000 sowie die seit 2002 vorliegende Roadmap bislang zu keinem entscheidenden Durchbruch geführt. Jedoch hat der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert in einer Rede am 27. November 2006 Israels Bereitschaft zu einer politischen Friedenslösung bekräftigt und sich zu den Prinzipien des Nahost-Quartetts und den Zielen der Roadmap bekannt.

Allerdings ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass das vorgesehene internationale Monitoring zur Umsetzung der Roadmap allein nicht ausreicht.

Vor diesem Hintergrund soll die Roadmap nach Auffassung der Antragsteller in eine umfassendere regionale Friedensinitiative eingegliedert werden, an der etwa auch Syrien, der Libanon, Jordanien und Ägypten direkt beteiligt werden. Angesichts der zahlreichen unterschiedlichen Interessen der regionalen Kräfte könne eine Lösung des israelisch-palästinensischen Kernkonfliktes nur Teil eines umfassenden regionalen Lösungsansatzes sein.

Vorbild hierfür solle das Modell der KSZE sein. Der KSZE-/OSZE-Prozess hat einen zentralen und dauerhaften Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und damit zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur europäischen Integration geleistet. Die Antragsteller sind der Überzeugung, auch der Nahe Osten brauche dringend einen derartigen, von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Prozess der regionalen Vertrauensbildung. Eine entsprechende Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO) sei von der Bundesregierung zu ergreifen. Insbesondere sei die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, auf die Entstehung einer KSZNO hinzuwirken. Weiterhin sei bei allen Staaten im Nahen Osten in direkten Gesprächen für einen regionalen Friedensansatz nach dem Vorbild der KSZE/OSZE zu werben.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3816 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Joachim Hörster** Berichterstatter	**Hans-Ulrich Klose** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Hans-Ulrich Klose, Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3816** in seiner 74. Sitzung am 15. Dezember 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2007

Joachim Hörster
Berichterstatter

Hans-Ulrich Klose
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333